

AußenwirtschaftsNews – China

06/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur und Wirtschaft

- Im ersten Quartal 2025 wuchs die chinesische Wirtschaft offiziellen Angaben zufolge um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Das hohe Wachstumstempo des vierten Quartals 2024 (+5,4 Prozent) konnte demnach beibehalten werden. Insgesamt weist China ein stabiles Wirtschaftswachstum auf – wenn auch auf niedrigerem Niveau als in den 2000er und 2010er Jahren.
- Verantwortlich für das stabile Wachstum im ersten Quartal war erneut eine dynamische Entwicklung der Industrieproduktion. Die Industriebetriebe profitierten dabei von einer höheren Auslandsnachfrage. So lagen die Exporte Chinas im März um 12,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.
- Die starke Exportperformance Chinas im ersten Quartal lässt sich auf Vorzieheffekte aufgrund des Handelskonflikts mit den USA zurückführen. In den Monaten April und Mai lagen die Exporte nur noch um 8,1 Prozent beziehungsweise 4,8 Prozent über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats. Die Ausfuhren in die USA brachen im Mai sogar um 34,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr ein. Zugleich stiegen die Ausfuhren in die ASEAN-Staaten, die EU und nach Japan merklich an. Insbesondere das Plus bei den Exporten in die ASEAN-Staaten könnte Umlenkungseffekten geschuldet sein. Chinesische Hersteller führen auch nach hierhin aus, um dort für den amerikanischen Markt zu produzieren.
- Die wirtschaftliche Dynamik in China dürfte in den kommenden Monaten weiter abnehmen. Die Vorzieh- und Umlenkungseffekte aus den USA werden mit der Zeit auslaufen und auf die Industrieproduktion in China durchschlagen. Der Einkaufsmanagerindex für die chinesische Industrie stieg im Mai zwar leicht auf 49,5 Punkte an – er verharrt damit aber weiter unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten, ab der eine Ausweitung der Produktion in den folgenden Monaten zu erwarten wäre.
- Zusätzlich bleibt das Verbrauchervertrauen in China schwach, was sich negativ auf den Binnenkonsum auswirkt. Hauptursache für die Unsicherheit der Verbraucher bleibt, neben dem Zollstreit mit den USA, die noch immer schwelende Immobilienkrise. Die Immobilienpreise in vielen Regionen Chinas stehen weiter unter Druck und bedrohen damit die Altersvorsorge großer Teile der Bevölkerung.

- Die Regierung intensivierte zuletzt ihre Bemühungen, die Binnennachfrage anzukurbeln. Umgesetzt oder noch geplant sind Maßnahmen wie Steuerentlastungen, Wohnungsreformen und höhere Kinderbetreuungszuschüsse sowie eine Ausweitung der Subventionen für den Technologiesektor. Zusätzlich sollen besonders stark von US-Zöllen betroffenen Unternehmen und Arbeitnehmer unterstützt werden.
- Die rückläufige ausländische Nachfrage sowie der schwache Binnenkonsum haben im Mai dazu geführt, dass der chinesische Verbraucherpreisindex im Vergleich zum Vorjahresmonat um 0,1 Prozent zurückging. Die Gefahr einer handfesten Deflation bleibt demnach bestehen. Beispielhaft für den Preiskampf insbesondere in der Industrie steht die Autoindustrie. Zuletzt griff sogar das chinesische Handelsministerium ein, um umstrittene Verkaufspraktiken genauer zu untersuchen.
- Die Zentralbank hat ihre Geldpolitik aufgrund der deflationären Tendenzen und um dem Finanzsystem insgesamt mehr Liquidität zu verschaffen und Investitionen zu erleichtern, zuletzt weiter gelockert.
- Die aktuellen Annäherungen im Zollstreit zwischen den USA und China dürften die Konjunktur in China zwar stützen, die Unsicherheit insbesondere für vom Export abhängige Unternehmen bleibt aber hoch.

2 Handels- und Zollpolitik

- Nachdem sich der Handelsstreit zwischen den USA und China nach einer Vereinbarung im Mai entspannt hatte, flammte er jüngst wieder auf. Grund dafür sind die chinesischen Exportbeschränkungen für Seltene Erden. China hatte im Mai zugesagt, seine nichttarifären Maßnahmen auszusetzen oder zu beenden. Die Exportbeschränkungen wurden jedoch fortgeführt, sodass die USA der Volksrepublik vorwerfen, die Vereinbarung nicht einzuhalten. Der Mangel an Seltenen Erden hat in den vergangenen Wochen bei westlichen Unternehmen für Produktionsengpässe gesorgt und [kann nach Angaben des VDA zu Produktionsausfällen in naher Zukunft führen](#). Am 09. und 10. Juni verhandeln beide Seiten über eine erneute Deeskalation. Die Verhandlungsergebnisse werden nun den Präsidenten beider Länder vorgelegt. Währenddessen teilte das chinesische Handelsministeriums (MOFCOM) mit, dass Exporte in die EU schneller geprüft und genehmigt werden sollen.
- Am 05. Juni veröffentlichte die EU-Kommission die [ersten Ergebnisse ihres neuen Importüberwachungsinstruments](#). Das Instrument analysiert, wie sich Importe in die EU entwickeln. Ziel ist es, frühzeitig zu erkennen, wenn Produkte aus China und anderen Staaten wegen des Handelskonflikts mit den USA, in die EU umgelenkt werden. Um notfalls zeitnah Schutzmaßnahmen zu ergreifen, untersucht die Kommission die Außenhandelsstatistik nach Produktkategorien, die drei Kriterien aufweisen: Steigende Importmengen, sinkende Importpreise sowie vorhandene EU-Produktionskapazität. Bei 55 Produktkategorien konnten die oben genannten Kriterien festgestellt werden. Aus China werden vor allem Waren aus fünf Branchen vermehrt in die EU eingeführt: Chemie, Holz/Papier, Maschinenbau, Metallindustrie und Textilien.

- Die EU-Mitgliedstaaten haben Anfang Juni beschlossen, chinesische Hersteller medizinischer Ausrüstung vom Zugang zum EU-Beschaffungsmarkt weitgehend auszuschließen. Das ist die erste Anwendung des 2022 verabschiedeten International Procurement Instrument (IPI), das gleiche Wettbewerbsbedingungen im öffentlichen Beschaffungswesen gewährleisten soll. Zuvor hatte die EU-Kommission den [Abschlussbericht](#) ihrer ersten IPI-Ermittlung veröffentlicht. Aus dem Bericht geht hervor, dass China systematisch EU-Hersteller diskriminiert. Besonders betroffen sind hochentwickelte Medizingeräte, bei denen China im Rahmen seiner Strategie Made in China 2025 vermehrt auf einheimische Anbieter setzt.
- MOFCOM kündigte am 19. Mai [Antidumpingzölle von bis zu 74,9 Prozent auf bestimmte Kunststoffe](#) aus der EU, Japan, Taiwan und den USA an. Betroffen ist ein Kunststoff, der Metalle wie Kupfer und Zink ersetzen kann. Er wird beispielsweise bei Autoteilen, Elektronik und medizinischer Ausrüstung eingesetzt. Bei Importen aus der EU liegt der Antidumpingzoll bei 34,5 Prozent. Mit der Verhängung der Antidumpingzölle schloss MOFCOM eine Untersuchung ab, die im Mai 2024 eingeleitet wurde, kurz nachdem die USA Zölle auf Elektrofahrzeuge, Halbleiter und andere Importe aus China erhöht hatten.

3 Sicherheits- und Außenpolitik

- Die USA wollen die Verbreitung chinesischer Hochleistungschips durch ein globales Verwendungsverbot verhindern. Das Bureau of Industry and Security (BIS) des US-Handelsministeriums veröffentlichte [Leitlinien](#), die die Verwendung von Huawei-Ascend-Chips als Verstoß gegen US-Exportkontrollen werten. Wer diese Chips ohne vorherige BIS-Genehmigung einsetzt, riskiert straf- und verwaltungsrechtliche Folgen. China bezeichnet den Versuch der USA, chinesische Chips zu verbieten, als „einseitiges Mobbing und Protektionismus“.
- Der [Koalitionsvertrag der Bundesregierung](#) ist nachträglich geändert worden. In der ersten Version steht: „In sensiblen Bereichen der kritischen Infrastruktur dürfen künftig ausschließlich Komponenten aus vertrauenswürdigen Staaten verbaut werden.“ In der finalen Version heißt es nun: „In sensiblen Bereichen der kritischen Infrastruktur dürfen ausschließlich vertrauenswürdige Komponenten verbaut werden.“ Die Textänderung entfaltet vor dem Hintergrund der Debatte, ob chinesische Technologie in europäischer kritischer Infrastruktur eingesetzt werden dürfe, besondere Bedeutung. Gemäß der finalen Version hat die Bundesregierung mehr Ermessen, eine bestimmte Komponente eines chinesischen Herstellers als vertrauenswürdige einzustufen.

4 Internationale Beziehungen

- Die ASEAN-Länder und China haben ihre Verhandlungen zur [Novellierung eines regionalen Freihandelsabkommens](#) abgeschlossen. Die Neufassung soll bis Ende des Jahres

ratifiziert werden. Laut chinesischem Handelsministerium soll es im regionalen Handel für mehr Sicherheit sorgen.

- Auch mit [Pakistan und Afghanistan will China stärker zusammenarbeiten](#). Gegenseitiger Handel und Investitionen sollen gestärkt werden sowie die Zusammenarbeit bei der Landwirtschaft und Industrialisierung. Projekte im Rahmen der Belt-and-Road-Initiative sollen ausgebaut werden. Damit verfolgt China vornehmlich geopolitischen Interessen im Hinblick auf seinen Rivalen Indien.

Ansprechpartner

Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442

tatjana.vargas@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422

Elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.